

kostendeckender Vergütungssätze für erneuerbare Energien (Drs. 16/12324)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass ich zum heutigen 26. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hier im Hohen Hause keine Rede über die Notwendigkeit des Atomausstiegs halten muss. Ich bin froh, dass im letzten Jahr alle in diesem Haus vertretenen Fraktionen den Atomausstieg beschlossen und sich dazu bekannt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mit dem Atomausstieg allein ist die Energiewende aber noch lange nicht vollbracht. Uns geht es mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag darum, dass das EEG in seiner Grundkonstruktion erhalten bleibt und nicht nach und nach ausgehöhlt wird.

Ich möchte das an zwei Bereichen kurz darstellen. Wir haben in den letzten zehn Jahren in Bayern beispielhaft erlebt, dass die Rahmenbedingungen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einem gewaltigen Boom im Photovoltaik-Bereich beigetragen haben. Der Minister sonnt sich ja gern einmal mit dem Ausspruch: Bayern ist das Land der Sonne. Natürlich ist das nicht das Verdienst der Staatsregierung. Es war das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die investiert haben, die bereit waren, sich diese Anlagen aufs Dach zu schrauben, und dazu beigetragen haben, die Energiewende in Bayern voranzubringen.

(Zuruf von der CSU)

Ein weiterer Bereich beim EEG war ja immer auch die Planungssicherheit und die Verlässlichkeit, dass man, wenn man investiert, eine gewisse Rendite erwarten kann. Das EEG hat auch ermöglicht, dass verschiedene Techniken der erneuerbaren Energien an den Markt herangeführt bzw. in den Markt eingeführt werden.

Genau an diesem Instrument, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, setzen die schwarz-gelbe Bundesregierung, aber auch die Landesregierung jetzt die Axt an.

Ich möchte dazu auf zwei Punkte im Dringlichkeitsantrag eingehen. In der letzten Energiekommissionssitzung hat Minister Zeil eine Art Jahresbericht - so will

ich es einmal nennen - abgegeben, was sich bei der Energiewende in Bayern in den letzten zwölf Monaten getan hat.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Im Zuge dieses Berichts hat er etwas gesagt, wodurch man echt aufgewacht ist, auch einige Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfraktionen. Da hieß es in seiner Rede - ich zitiere nach dem Manuskript:

Ich stelle mir das folgendermaßen vor: Wir geben das bürokratische, überkomplexe und teure System von Einspeisevorrang und gesetzlichen Einspeisevergütungstarifen auf.

Das hat er dort wörtlich gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Was heißt das, wenn er das in die Debatte einwirft? Der Minister hat in der gleichen Rede sein Modell von einem technologieoffenen Grünstrom-Zertifikat vorgestellt, mit dem er das EEG ersetzen möchte -, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Es gibt drei gravierende Gründe, warum dieser Systemwechsel so einfach nicht vollzogen werden kann und auch nicht vollzogen werden darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns allen ist klar: Bei der Energiewende wird es auf eine breite Palette von verschiedenen Energieformen ankommen. Das ist die Windkraft, ist Biomasse, ist der Solarstrom; die Tiefengeothermie wird auch dazugehören. Was ist aber, wenn man ein technologieoffenes Grünstrom-Zertifikat einführt? Es setzt sich nur noch die Technik durch, die zum jeweiligen Zeitpunkt die wirtschaftlichste ist. Sie wird sich durchsetzen. Aber das wird dann heißen: Wasserkraft und Windkraft. Aber nur mit Wasserkraft und Windkraft wird die Energiewende nicht zu meistern sein. Das muss jedem wirklich klar sein und jedem bewusst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen einen breiten Mix, weil uns allen doch bewusst ist: Die erneuerbaren Energien stehen nicht immer zur Verfügung; die einen gleichen die anderen aus. Wir müssen in die Breite gehen und dürfen nicht nur der Technologie, die gerade am wirtschaftlichsten ist, dermaßen Vorschub leisten. Mit den Zertifikatregelungen aber würde das schlagartig kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem weiteren Bereich bin ich erstaunt über einen Vorschlag des Wirtschaftsministers. Was wird wirklich

passieren bei diesen ganzen technologischen Neuerungen? Der bisherige Fortschritt in den verschiedenen Techniken der erneuerbaren Energien wird so nicht mehr stattfinden. Niemand wird mehr bereit sein, in Techniken wie zum Beispiel die Tiefengeothermie - bis jetzt immer so massiv unterstützt von FDP & Co, muss man offen sagen - mehr zu investieren. Sie ist zurzeit eine der teuersten Energien, aber uns allen ist bewusst: Wir brauchen auch die Tiefengeothermie, da sie sozusagen wirklich rund um die Uhr Strom zur Verfügung stellen kann.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Umlage wurde angepasst!)

- Die Umlage wurde angepasst, richtig. Aber der Minister spricht davon, den Vorrang der festen Vergütungssätze abzuschaffen. Dann bringt einem das gar nichts mehr, wenn man ein Grünstrom-Zertifikat hat und damit 10 % Ökostrom belegen muss. Dann nimmt der Versorger den Ökostrom, der am günstigsten ist.

Das ist doch selbstverständlich, wenn man eins und eins zusammenzählt; das wird so kommen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Der Minister steht für Innovationsicherheit in der Planung!)

Ein weiterer Bereich ist - das wird auch nicht mit so einem System kommen - die vorteilhafte Kostenregression im PV-Bereich der letzten Jahre. Damit wäre dieses Modell nie gekommen. Es ist gekommen dank fester Einspeisevergütungen, die auch immer wieder angepasst worden sind.

Zum Thema Kostenexplosion ist zu sagen: Seit 2008 sind die Einspeisevergütungssätze im Photovoltaik-Bereich um 50 % gesenkt worden. Das heißt, das Instrument eines Marktanzuges und der schrittweise Abbau der Förderung haben richtig funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, liegt mir persönlich und sicherlich auch vielen Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus sehr am Herzen: Draußen in den Stimmkreisen, werden Sie und andere nicht müde, davon zu sprechen, dass die Energiewende in der Bürgerhand stattfinden muss. Keiner wird müde, von Energiegenossenschaften zu sprechen und bei den Gründungsversammlungen dabei zu sein. Wenn der Vorrang und die festen Vergütungssätze wegfallen, dann wird kaum noch einer in die Genossenschaften investieren. Dann sind die regionalen Banken keine Geldgeber mehr, weil das Risiko viel größer wird. Das heißt: Die Energiewende muss davon weg und in die Hand der Bürger, aber

auch zu den großen Konzernen, die das Geld durch Refinanzierung leichter besorgen können.

Aber das alles wird nicht funktionieren. Für eine Windkraftanlage von 3,5 Millionen Euro wird eine Genossenschaft, die sich meistens die Hälfte bei einer Bank leihen müsste, ohne sichere, planbare Einspeisevergütung keine Bank finden, die ein Darlehen dafür gibt. Das bedeutet das Ende der Bürgerbeteiligung an der Energiewende. Das ist mit uns nicht zu machen. Deshalb haben wir den heutigen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU hat Herr Reiß das Wort.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hartmann, das EEG war, wie Sie es in Ihrem Antrag zeitlich richtig einordnen, sicherlich der Auslöser und die Basis für den bisherigen Erfolg im Ausbau der erneuerbaren Energien. Das bestreitet keiner. Dass ein Einspeisevorrang zu kostendeckenden Vergütungssätzen, die für einen langen Zeitraum garantiert sind, Investitionen auslöst, ist meines Erachtens selbstverständlich. Dass Sie diese Selbstverständlichkeit heute vom Landtag feststellen lassen wollen, wie Sie es in Ihrem Dringlichkeitsantrag sagen, ist meines Erachtens etwas dürftig.

Entscheidend ist nämlich vor allem für die Zukunft die weitere und nicht weniger wichtige Aufgabe des EEG, die erneuerbaren Energien weiter an den Markt heranzuführen. Das EEG ist ein Instrument zur Markteinführung. Wer sich wie die GRÜNEN für den Erfolg des EEG feiern lassen will und der Staatsregierung Versäumnisse vorwirft, muss sich auch fragen lassen, was er denn selbst für die Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien getan hat. Was haben denn die GRÜNEN in den letzten zehn Jahren für den Ausbau der Stromnetze und der Speicherkapazitäten getan, außer dagegen zu demonstrieren?

(Beifall bei der CSU)

Die erneuerbaren Energien sind dank des EEG längst keine Nische mehr. 10 oder 20 % erneuerbare Energien in ein System zu integrieren ist sicher etwas anderes, als wenn es 40, 50 % oder mehr wären.

Herr Kollege Hartmann, Sie schreiben in der Antragsbegründung selbst, dass der Einspeisevorrang und die garantierte Vergütung bei einer weiterhin erfolgreichen Entwicklung der erneuerbaren Energien zweifellos auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tobias Reiß (CSU): Ja.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe zwei Fragen zu Ihren Ausführungen.

Erstens. Sie haben uns in der üblichen alten Rhetorik wieder vorgeworfen, wir wehrten uns gegen die Speicherkraftwerke und behinderten sie. Ist Ihnen bekannt, dass der Umweltminister in der Kabinettsitzung vom 17. April angekündigt hat, eine Art Pumpspeicherkataster auf den Weg zu bringen, um endlich bei der Standortfrage abwägen zu können und in dieser Frage voranzukommen? Ist Ihnen bekannt, dass der Antrag bereits vor zwei Jahren von uns gestellt und dann abgelehnt worden ist, und zwar mit der Kommentierung, das sei keine staatliche Aufgabe? Ich frage mich, wer hier den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke in Bayern behindert.

Zweitens. Sie haben zu der Begründung unseres Antrags gesprochen. Sie waren als Vorsitzender der Energiekommission selber dabei, als der Minister davon sprach, wir müssten bei den erneuerbaren Energien die Märkte ins Spiel bringen, und zwar so schnell wie möglich. Daraus ergibt sich die akute Gefahr, dass neben dem Absenken der Einspeisevergütungssätze, das gravierend ist, jetzt auch noch relativ zügig das EEG weiter untergraben werden soll, um eines Tages das endgültige Sterben des EEG als relativ klein darstellen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Selbstverständlich kenne ich den Antrag der GRÜNEN zum Pumpspeicherkataster und weiß, dass im Kabinett beschlossen wurde, bayernweit nach geeigneten Standorten für Pumpspeicherkraftwerke zu suchen. Aber beides ist nicht zwingend das Gleiche. Wenn ich ein Kataster mit theoretisch denkbaren Standorten über Bayern ziehe und dadurch Unruhe in das Land bringe, ist es etwas anderes, als wenn ich konkret und gezielt auf Standorte zugehe, die nach bestimmten Kriterien geeignet sind.

Auf den Hinweis zu den Märkten, den der Minister in der Kommission zum Ausdruck gebracht hat und das Marktdesign, komme ich gern zurück.

Ich knüpfe jetzt aber daran an, dass auch Sie das aktuelle Design auf den Prüfstand stellen wollen. In Ihrer

Begründung wundere ich mich eines. Und das ist, Herr Kollege Hartmann, das möchte ich fast so sagen, der Hammer.

(Tobias Thalhammer (FDP): "Thalhammer" wäre ein Kompliment!)

- Ja, das wäre ein Kompliment. Aber, ich glaube, das würde Herr Hartmann für sich nicht in Anspruch nehmen wollen.

Sie schreiben in Ihrer Begründung, eine Abschaffung des Einspeisevorrangs und der Einspeisevergütung kämen

... erst dann in Frage, wenn die erneuerbaren Energien in wesentlichen Teilen des Jahres eine Vollversorgung gewährleisten können. Nur wenn dies der Fall ist, können die herkömmlichen Grundlastkraftwerke auf nuklearer und fossiler Basis abgeschaltet werden und damit der Markt für flexible Ersatzkraftwerke geöffnet werden.

Herr Kollege Hartmann, am Jahrestag von Tschernobyl wollen Sie also den Ausstieg aus der Kernenergie erst dann, "wenn die erneuerbaren Energien in wesentlichen Teilen des Jahres eine Vollversorgung gewährleisten". Aber wir wollen das nicht. Und Sie wollen auch erst dann, wenn diese wesentliche Vollversorgung mit erneuerbaren Energien gewährleistet ist, den Markt für flexible Ersatzkraftwerke öffnen. Auch das wollen wir nicht.

Genau das war die Intention in der Diskussion mit Staatsminister Zeil in der Energiekommission. Ein Marktdesign, das Systemintegration, Speichertechnik und den Ausbau flexibler Ersatzkraftwerke fördert, braucht man doch nicht erst, wenn die erneuerbaren Energien die wesentliche Vollversorgung übernommen haben. Dieses Marktdesign braucht man, damit man überhaupt so weit kommen kann. Das Design ist keine Folge der Vollversorgung mit erneuerbaren Energien, sondern die Voraussetzung.

Dass das Konzept zum jetzigen Zeitpunkt mit Grünstromzertifikaten funktionieren soll, sehe auch ich skeptisch. Jedenfalls hätte das kurz- oder mittelfristig negative Auswirkungen auf den Ausbau der Photovoltaik und auf Bürgerenergieanlagen und würde die Dynamik in diesem Bereich vor allem in Bayern ein Stück weit zum Erliegen bringen.

Diese Dynamik war gerade in den letzten zwei Jahren enorm. In den Jahren 2010 und 2011 wurden in Deutschland insgesamt 15.000 Megawatt Photovoltaik zugebaut. In Bayern waren zu Beginn des Jahres, wie der Staatsminister auch in der Energiekommission berichtet hat, 8.100 Megawatt Photovoltaikleis-

tung installiert. Das ist weit mehr als unsere installierte Kernkraftwerksleistung. Das zeigt eindeutig, dass Investoren eine gute Rendite erwirtschaften und die Anlagenpreise offensichtlich stärker sinken als die Einspeisevergütung.

Eine Rückführung des Anlagenzubaues auf ein gesundes Maß liegt im Interesse einer kosteneffizienten Entwicklung und eines kosteneffizienten Ausbaus unserer Stromversorgung. Dieses Interesse liegt auch der aktuellen EEG-Fortschreibung zugrunde. Man kann an dieser Fortschreibung allerdings noch vieles kritisieren, beispielsweise die Begrenzung auf zehn Megawatt oder den Wegfall des Eigenverbrauchsbonus.

Wir haben gerade aus Bayern an dem Entwurf noch wesentliche Änderungen durchgesetzt. Der Vertrauensschutz wurde deutlich verbessert. Der automatische Anpassungsmechanismus, also der "atmende Deckel", wurde wieder eingeführt. Die Rechte des Parlaments wurden gestärkt. Die Versorgungsermächtigungen wurden gestrichen.

Deshalb kann ich hier betonen: Wir wollen keine schleichende Abwicklung des EEG, sondern eine intelligente, volkswirtschaftlich sinnvolle Weiterentwicklung mit bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Strompreisen für Verbraucher und Wirtschaft. Wir wollen an erster Stelle die Zuverlässigkeit unserer Stromversorgung sicherstellen. Wenn diese nicht gewährleistet ist, sinkt die Akzeptanz für neue Lösungen. Dies kann keiner wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor ich Herrn Wörner für die SPD das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag von diversen Stimmen der FDP namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich habe sie nur einmal angemeldet!)

Herr Wörner, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Den letzten Sätzen meines Kollegen Reiß kann ich mich anschließen. Das wollen wir alle. Was jedoch der kleinste Teil des Hauses zurzeit betreibt, ist genau das Gegenteil. Alle Tage wird ein neues Chaos erweckt. Alle Tage wird - auf bayerisch - mit neuen Ideen ein neues Schwein durchs Dorf getrieben. Das ist unausgewogen und führt dazu, dass ganze Industriezweige in die Knie gehen und die ganze Voltaikbranche in Schwierigkeiten kommt. Arbeitsplätze

gehen verloren und die Verunsicherung auf diesem Markt ist inzwischen so groß, dass keiner mehr weiß, was er tun soll. Ich habe mir das an den letzten beiden Abenden wieder anhören müssen. Ich weiß nicht, mit wem Sie reden. Wir sprechen draußen mit den Menschen, die uns das mitteilen. Es gibt Probleme, weil die Verunsicherung so groß ist, wie schon lange nicht mehr.

Zusammen mit Ihren Beschlüssen in Niederbayern erwecken Sie damit den Eindruck, dass Sie das EEG sabotieren und zur alten Linie zurückkehren wollen. Diesen Eindruck können Sie gerne widerlegen, indem Sie mit uns zusammen endlich wieder eine vernünftige Politik in Sachen EEG betreiben.

Lieber Herr Minister, es kann nicht sein, dass Sie nachts schlecht geschlafen haben, in der Früh aufstehen und sagen: Jetzt ändern wir das EEG. Das Gesetz wurde gerade erst geändert. Jetzt wundern Sie sich, dass auf dem Markt irgendetwas schief läuft. So reagiert der Markt nun einmal. Das müssten Sie als derjenige, der das Wort "Markt" ständig im Mund führt, besser wissen als ich. Scheinbar wissen Sie es, Sie folgen aber den Einflüsterungen anderer, die etwas ganz anderes wollen, nämlich zurück in die alten Löcher. Eines wollen wir nicht: Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, dass es in Bayern einige Leute gibt, die die Wende von der Wende zur Wende wollen. Das ist mit uns nicht zu machen. Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, jetzt den Finger zu heben und Sie zu fragen, wo Sie eigentlich hin wollen, richtig. Bei uns ist ein Eindruck entstanden. Diesen Eindruck haben Sie bisher nicht widerlegen können.

Deshalb unsere Bitte: Lassen Sie uns bei der Änderung des EEG nicht zum Tagesgeschäft zurückkommen, sondern zu Überlegungen, die wir in der Enquete-Kommission angestellt haben. Deshalb brauchen wir eine Anhörung, um zu klären, was zu tun ist. Lassen Sie uns danach darüber reden, wie das gehen soll. Sie sollten jetzt nicht die Fonds-Lösung in die Welt setzen. Das erinnert mich ein bisschen an die Zertifikate für das CO₂. Mit diesen Zertifikaten haben wir Lug und Trug Tür und Tor geöffnet. Inzwischen ist der Beschiss mit diesen Dingen an der Tagesordnung. Ich wehre mich deshalb dagegen, dass jetzt neue Fonds aufgelegt werden sollen; denn sie würden alles zerstören, was wir inzwischen aufgebaut haben, nämlich Genossenschaften, Bürgerbeteiligungen usw. In diesem Fall wird das nicht funktionieren, weil Fonds anders konstruiert sind als die unmittelbare demokratische Beteiligung der Bürger an einer Anlage vor Ort.

Wenn ich mich nicht täusche, war es bisher unser gemeinsames Ziel, mit den Bürgerinnen und Bürgern

Anlagen durchzubekommen, weil sie beteiligt werden, nicht nur an der Planung, sondern auch monetär. Fonds-Lösungen sind sehr weit vom Bürger weg. Das Interesse wird dann sehr viel geringer. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken.

Die Entwicklung der Strompreise und die Entwicklung des EEG sind zwei verschiedene Dinge. Mit Ihren unsäglichen Änderungen am EEG haben Sie dafür gesorgt, dass der Mittelstand, das Kleingewerbe und normale Menschen erheblich mehr für den Strom bezahlen müssen. Dafür haben Sie viele sehr elegant befreit. Wenn heute ein Betrieb 8,5 Megawatt benötigt, wird er gleich auf 10 Megawatt hochgehen, weil er dann noch billigeren Strom als bei einer Menge von 8,5 Megawatt erhält. Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag der GRÜNEN "Keine schleichende Abwicklung des EEG" zustimmen. Herr Wirtschaftsminister, wenn wir Hand an das EEG und die Vorrangspeisung legten, würden wir den guten Weg, den wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien seit dem Jahr 2000 verfolgen, verlassen. Wir würden Hand an die erneuerbaren Energien legen und bei der Energiewende nicht vorankommen. Wir würden damit ein verheerendes Signal aussenden.

Mit der EEG-Novelle haben Sie den Eindruck erweckt, dass Sie an vielen Stellschrauben drehen möchten, um den Großen in der Branche wieder mehr Marktanteile zurückzubringen. Diesen Eindruck konnten Sie heute nicht widerlegen. Ich verstehe nicht, warum Sie es unterstützen, dass Planungen in die Zukunft verschlafen werden. Sie rechtfertigen das durch Ihr Tun.

In der Enquete-Kommission wurde über ein gutes Marktdesign gesprochen. Hier gebe ich Tobias Reiß recht. Bei einem guten Marktdesign sind wir dabei. Bei der Einführung von Grünstrom-Zertifikaten habe ich jedoch den Verdacht, dass Sie diejenigen befördern wollen, die wir nicht befördern wollen. Wir wollen, dass die Energiewende in Bürgerhand bleibt und plädieren deshalb für Genossenschaftsmodelle. Diese würden mit diesem Modell konterkariert. Das ist ein falsches Signal.

Sie haben von der intelligenten Marke gesprochen. Bei Ihnen bedeutet die intelligente Marke, dass einige wenige bestimmen, wie die Energieversorgung der

Zukunft aussehen soll, und nicht die Bürgerinnen und Bürger. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Bei der Photovoltaik-Branche wurden Einschnitte gemacht. Sehen Sie sich aber das Marktintegrationsmodell 80/90 an. Der private Verbraucher mit einer Anlage auf dem eigenen Haus muss sich darum kümmern, 20 % seines Stroms irgendwie auf dem Markt zu verkaufen. Gerade der Privateinspeiser entlastet doch die Netze, und er verbraucht seinen Strom direkt. Ich verstehe nicht, warum Sie einen Weg wählen, mit dem offensichtlich nicht die erneuerbaren Energien gefördert werden, sondern nur ein Rückschritt in der Energiewende erreicht wird. Deshalb stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte unterstreichen, was Herr Kollege Reiß gesagt hat. Genau das ist nämlich der entscheidende Unterschied zwischen der Energiepolitik von Rot-Grün und der vernünftigen Energiepolitik von Schwarz-Gelb.

Sie wollen Ihre Ideen von damals verteidigen. Deshalb stehen in Ihrem Antrag die Worte "keine schleichende Abwicklung". Schwarz-Gelb kümmert sich jedoch um die Zukunft. Wir wollen eine schnelle Weiterentwicklung. Es kann sein, dass Sie vor geraumer Zeit einmal eine gute Idee hatten. Das EEG war sicherlich auch ein treibender Motor für die vielen erneuerbaren Energien, die wir in unserem Land haben. Heute stehen wir jedoch vor neuen Herausforderungen und müssen neue Probleme meistern. Wir stehen auf einer ganz anderen Stufe in der Erzeugung erneuerbarer Energien als damals, als diese Energien noch in den Kinderschuhen steckten. Jede Zeit braucht ihre eigene Antwort. Ja, damals war Ihre Antwort richtig. Heute ist Ihre Antwort aber überholt. Deswegen dürfen wir beim EEG keine Denkverbote aussprechen. Wir müssen es weiterentwickeln und in gewissen Teilen neu erfinden.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie verwechseln das was!)

Ich nenne Ihnen einige Punkte, bei denen wir das EEG verbessern müssen. Ein riesiges Problem sind sicherlich die Kosten für die Energie, die jeder von uns und die Bürgerinnen und Bürger Monat für Monat aufgrund sehr intransparenter Abrechnungen bezahlen müssen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist eine Lüge!)

- Frau Kamm, ich weiß nicht, was daran eine Lüge ist. Ich glaube schon, dass Sie Ihre eigene Stromrechnung angeschaut haben, denn Sie interessieren sich auch ein bisschen für dieses Thema. Wenn Sie sich Ihre eigene Stromrechnung anschauen, wird Ihnen auffallen, dass die Stromrechnung im Gegensatz zur Handyrechnung deutlich abstrakter ist. Bei Ihrer Handy- oder Telefonabrechnung können Sie ganz genau nachgewiesen bekommen, wohin Sie für wie viel Geld telefoniert haben. Sekundengenau wird Ihnen jede einzelne Verbindung nachgewiesen. Bei der Stromrechnung ist das nicht möglich. Mit einer transparenteren Stromabrechnung würden Sie für mehr Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und für mehr Vertrauen in die Energie sorgen und damit die Energiewende weiter vorantreiben.

Ich wollte eigentlich etwas ganz anderes sagen. Gratulation, Sie haben es geschafft, mich drauszubringen. Ich habe mir nicht gedacht, dass gerade Sie das schaffen.

Das Problem sind die Kosten. Die EEG-Belastung bedeutet für einen Vier-Personen-Haushalt bereits jetzt 140 Euro. Wenn wir nicht eingreifen und die Entwicklung auf eine für alle Bürgerinnen und Bürger vernünftige Basis zurückführen würden, würde die Entwicklung der Kosten ins Grenzenlose gehen. Für einen Vier-Personen-Haushalt würde dann eine Mehrbelastung von 190 Euro oder 200 Euro entstehen. Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir eine Mehrbelastung von 400 Euro. Wer soll das noch bezahlen? Auch das gehört zu einer verantwortungsvollen Politik.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir brauchen nicht nur eine umweltverträgliche Energieversorgung, wir brauchen auch eine menschenverträgliche Energieversorgung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh mein Gott!)

Ein weiteres Problem ergibt sich im Ansatz des EEG. Gefördert wird einfach die Art des Kraftwerks, je nachdem, welche Lobby dahintersteht. Ich benutze bewusst dieses Wort, denn Ihre Solar-Lobby ist nicht gerade die defensivste und die mit der meisten Demut ausgestattete Lobby in diesem Land.

(Christine Kamm (GRÜNE): Genau umgekehrt ist es!)

Sie haben das EEG nach dem Motto aufgestellt. Wer am meisten schreit, bekommt das meiste Geld und die meiste Vergütung.

Das ist der völlig falsche Ansatz. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie ein Grundverständnis von Wettbewerb hätten,

(Zurufe von den GRÜNEN)

würden Sie das EEG vollkommen anders aufbauen. Sie würden das EEG nach den Kriterien Effizienz und Effektivität ausrichten. Es kann doch nicht sein, und man kann es draußen auch niemand erklären, dass ein Solarkraftwerk für die gleiche Menge an Strom deutlich mehr Vergütung bekommt als ein Wasserkraftwerk. Ein Wasserkraftwerk produziert auch erneuerbare Energie und erzeugt im Gegensatz zu einem Solarkraftwerk kontinuierlich und versorgungssicher Strom. Diese Hebel müssen wir einander angleichen. Dazu müssen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz fairer und wettbewerbsfreundlicher gestalten.

(Beifall bei der FDP)

Sie stiften immer nur Unruhe. Nach dem Antrag der GRÜNEN scheint es so zu sein, als wüssten nur die GRÜNEN, wie die Energiewende funktionieren könnten.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Dann erklär es uns doch! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Danke, Herr Kollege, für Ihr Interesse. Natürlich erkläre ich es Ihnen. Deswegen bin ich auch hier. Ich erkläre Ihnen auch die Faktenlage. Ich vergleiche einmal zwei Länder miteinander, die nicht völlig unterschiedlich sind, nämlich Baden-Württemberg und Bayern. Wie sieht denn dort der Zubau erneuerbarer Energien im Unterschied zu Bayern aus? Nehmen wir den Zubau von Solarenergie. In Baden-Württemberg hatten wir im Jahr 2011 einen Zubau von 840 Megawatt. Das ist nicht schlecht. Das ist Platz vier im Bundesvergleich. In Bayern hatten wir einen Zubau von 1.744 Megawatt. Das ist mehr als das Doppelte.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das liegt doch nicht an Ihnen!)

- Natürlich liegt es nicht an mir, aber ich habe auch einen kleinen Teil dazu beigetragen, weil ich eine Photovoltaikanlage habe. Ich nenne Ihnen nur den Unterschied.

In Baden-Württemberg regiert Grün-Rot, in Bayern Schwarz-Gelb. Sie von den GRÜNEN machen hier am Redepult immer einen auf Energiewende, und draußen vor Ort machen Sie dann die Fliege.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kollegen, es tut mir leid, es wird noch härter, denn ich habe noch eine Zahl. Sie von den GRÜNEN sind immer die ganz großen Befürworter der Windenergie. In Ihrem grün-rot-regierten Bundesland Baden-Württemberg beträgt der Zubau bei der Windenergie im Jahr 2011 17 Megawatt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

In Bayern beträgt der Zubau 165 Megawatt, und wir wollen noch ein bisschen mehr dazubauen. Im grün-rot-regierten Baden-Württemberg werden bei der Windenergie 17 Megawatt zugebaut, im schwarz-gelb-regierten Bayern 165 Megawatt. Das ist knapp das Zehnfache.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Sie von den GRÜNEN machen hier einen auf Energiewende. Wenn es aber darauf ankommt, machen Sie die Fliege.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich lasse mir von den GRÜNEN nicht sagen, was wir und unser hervorragender Wirtschaftsminister in der Energiewende besser machen sollen. Die Zahlen sprechen für sich. Wir betreiben eine vernünftige Energiewende. Wir sind beim Zubau erneuerbarer Energien Spitzenreiter. Sie im grün-rot-regierten Baden-Württemberg können sich mit Zahlen von Hamburg und Berlin vergleichen lassen. Berlin hat bei der Windenergie einen Zubau von gerade einmal null Megawatt. In Baden-Württemberg sind Sie marginal darüber. Herzlichen Glückwunsch dazu! Im Gegensatz zu Ihnen können wir "Energiewende" besser.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Zwischenrufe zwar erlaubt sind, aber nicht als Dauerstörung.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich kann lange und genug warten, bis Sie sich beruhigt haben. - Jetzt hat Herr Staatsminister Zeil das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines der wichtigsten Elemente unseres Energiekonzepts in Bayern ist es, dass wir die erneuerbaren Energien ausbauen und in den Markt integrieren wollen. Dazu ist auch der Netzausbau erforderlich. Wir müssen aber auch die richtige Balance

finden. Dazu brauchen wir die Ersatzkapazitäten in Form von modernen und effizienten Gaskraftwerken. Wir sehen keinen Grund dafür, dass wir das Ziel von 50 % in zehn Jahren nicht erreichen. Wir müssen aber beim Netzausbau auf das Tempo drücken. Natürlich weiß ich, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz der entscheidende Treiber für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland war. Genauso aber bin ich der Überzeugung, dass das EEG in seiner jetzigen Form weder ein Gesetz für die Ewigkeit noch eine heilige Kuh ist. Meine Damen und Herren, Sie tragen das Gesetz fast schon wie eine Monstranz vor sich her. Das ist aber der Situation nicht angemessen.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden die Energiewende nur schaffen, wenn wir sie effizient organisieren. Wenn wir das EEG so lassen, wie es ist, bewirken wir das Gegenteil. Wir treiben die Strompreise in astronomische Höhen und ruinieren damit die Akzeptanz der erneuerbaren Energien. In diesem Jahr bezahlen die deutschen Stromverbraucher 14 Milliarden Euro an Umlagen nach dem EEG. Für das nächste Jahr wird schon auf einen Anstieg der Umlage nach dem EEG von derzeit 3,59 Cent pro Kilowattstunde auf 4,8 bis 5,2 Cent spekuliert. Wollen Sie von den GRÜNEN warten, bis die Umlage nach dem EEG die Hälfte des Strompreises ausmacht? Ich will es nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Deswegen brauchen wir eine deutliche Senkung der Vergütung für Solarstrom. Wir haben von Bayern aus entscheidende Verbesserungen an der Novelle gegenüber dem ersten Entwurf erreicht. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, mit einem bayerischen Modell eine vernünftige Vertrauensschutz- und Übergangsregelung durchzusetzen. Ich halte die Vergütungsanpassung der Höhe nach aber für sinnvoll und dringend notwendig. Wir werden deshalb nicht für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmen; schon aus dem Grund müssen wir Ihren Antrag ablehnen. Wir wollen, dass diese EEG-Novelle schnell in Kraft tritt.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns auch der Aufgabe einer durchgreifenden Reform des EEG stellen. Das EEG war, wie gesagt, durchaus erfolgreich. Dank des Einspeisevorrangs gab es kein Abnahmrisiko; dank gesetzlicher Vergütung gab es kein Preisrisiko. Deswegen brauchen wir jetzt eine Fortentwicklung dieses Marktes. Das EEG gibt überhaupt keine Anreize, zum Beispiel für Innovationen, für intelligente Netze, für Speichertechnologien und auch nicht für eine grundlastfähige

Ersatzkapazität. Deswegen brauchen wir einen Wechsel hin zu einem marktwirtschaftlichen, europakompatiblen System. Ich habe übrigens die Grünstrom-Zertifikate - sie sind ja nur ein Teil des Konzepts - nicht erfunden. Eine solche Systemumstellung empfehlen nicht nur die Fünf Weisen und die Monopolkommission; auch der kaufmännische Geschäftsführer der Stadtwerke München, Herr Bieberbach, empfiehlt in einem Fachaufsatz ein koordiniertes europäisches Marktdesign für erneuerbare Energien in der Stromversorgung.

Für das Gelingen der Energiewende ist es entscheidend, den Ausbau der erneuerbaren Energien effizient zu organisieren, das heißt unter Nutzung der wirtschaftlichsten und innovativsten Technologien und wirtschaftlichen Standorte. Das muss die Zukunft sein.

Bei all dem dürfen wir die soziale Balance der Bezahlbarkeit nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen auch dafür kämpfen, dass Energie in diesem Land kein Luxusgut wird.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult. Kollege Dr. Runge hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich bin dafür dankbar, weil das meine Redezeit verlängert.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister, Ihre Krokodilstränen über die hohen Strompreise wischt Ihnen niemand aus dem Gesicht, weil die FDP maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass es immer mehr Befreiungen von der EEG-Umlage für ihre Klientel gibt. Außerdem gibt es noch die Befreiung von den Netzentgelten für ihre Klientel. Das macht die Strompreise hoch.

Sie sprechen die 14 Milliarden Euro über die EEG-Umlage an: Setzen Sie doch einmal die bayerische Brille auf! Bayerns Bürgerinnen und Bürger haben dadurch gut eine Milliarde mehr in der Tasche, als sie dafür zahlen. Das ist auch ein Standortfaktor für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut eine Milliarde fließt mehr nach Bayern, als ausgegeben wird. Sie dürfen sich da wirklich nicht zum Verfechter einer niedrigen Umlage machen, das ist schädlich für den Standort Bayern und für Bayerns Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Runge, ich weiß, dass die Nöte der energieintensiven Wirtschaft für Sie im Grunde genommen keine Rolle spielen.

(Beifall bei der FDP)

Offenbar spielt für Sie auch keine Rolle, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass wir nicht mit einer falschen Energiepolitik Arbeitsplätze aus unserem Land treiben. Das spricht auch aus Ihrem Antrag. Ihr Antrag steht für Denkverbote, Dogmen und Tabus. So kann man den Umbau der Energieversorgung nicht organisieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen für Innovation und Zukunftsgewandtheit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Kollege Hartmann hat sich noch gemeldet. Er kann die Redezeit von einer Minute und 17 Sekunden ausnützen, die seiner Fraktion noch zustehen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zur letzten Bemerkung von Minister Zeil möchte ich sagen: Die energieintensive Industrie ist von der Umlage befreit; sie wird auch vom Netzentgelt befreit. Es stimmt definitiv nicht, dass diese Industrie Probleme hat, wenn die Energieumlage steigt; das wird immer nur vorgeschoben. Sie jammern wegen der großen Konzerne, die haben aber dieses Problem nicht. Firmen, die viel Strom benötigen, profitieren vom EEG, weil der Solarstrom in den Mittagsstunden, wofür die Spitzenpreise bezahlt worden sind, in das Netz drängt und abgenommen werden muss. Die profitieren davon und haben keine Nachteile.

Zum Beitrag des Kollegen Thalhammer: Man kann bei einem Ländervergleich trefflich darüber streiten, welches Land vorne liegt. In der "Wirtschaftswoche" vom 24.03. war ein Ranking, erstellt von einem Institut, welches Bundesland bei der Energiewende im letzten Jahr vorne lag. Von 100 Punkten hat Baden-Württemberg 58 bekommen, Bayern 55. Da kann sich jeder eine Studie herausuchen. Man wird immer eine Studie finden, derzufolge ein anderes Land vorne liegt.

Zum Thema Wasserkraft: Sie haben recht, dass die Wasserkraft günstig ist. Wo wollen Sie denn die Wasserkraft so massiv ausbauen? Der Umweltminister hat deutlich gesagt, dass noch eine Steigerung von 2 % möglich ist, dann ist Schluss. Wir brauchen aber mehr. Deshalb sind die Windkraft und die Solarenergie für Bayern ganz entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 16/12324 beantragt. Sie findet wieder an den bekannten Stellen statt. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.56 bis 18.01 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, bitte ich, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir vorwärtskommen und heute rechtzeitig fertig werden.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER), Drucksache 16/12323, "Nein zu ESM und Fiskalpakt", bekannt. Mit Ja haben 16 gestimmt, mit Nein 117, Stimmenthaltungen: 4. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/12325 bis 16/12332 sowie 16/12364 und 16/12365 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Antrag der Abgeordneten
Isabell Zacharias, Susann Biedefeld, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern: im Landkreis Coburg das dortige Modell erproben (Drs. 16/10447)

Da dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt wird, kommen wir sofort zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/12107, den Antrag abzulehnen. Wer entgegen diesem Votum dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Antrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lage bei der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern (Drs. 16/11146)**

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Angelika Weikert. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde, kurz vor Schluss, greifen wir in einem gemeinsamen Antrag von GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN und SPD die Situation von Asylbewerbern in Bayern auf. Was wollen wir mit dem Antrag erreichen? - In dem Antrag geht es um eine bedarfsgerechte und menschenwürdige Ausstattung von Asylaufnahmeeinrichtungen in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, ich will nur kurz ein paar Zahlen zum Hintergrund sagen. Die Zahl der Anträge auf Asyl entwickelt sich immer vor dem Hintergrund von Krisenherden in der Welt. Seit 2010 haben wir in Bayern wieder einen Anstieg der Zugangszahlen zu verzeichnen. Kolleginnen und Kollegen, wohlgemerkt, die Asylsuchenden kommen nicht nur nach Bayern, sondern sie kommen in die gesamte Bundesrepublik. Sie kommen vor allem nach Europa. Bayern hat aufgrund des sogenannten Königsteiner Schlüssels rund 15 %, der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, zu versorgen. Kolleginnen und Kollegen, das ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Verpflichtung des Freistaates Bayern aufgrund internationaler Ver-

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Keine schleichende Abwicklung des EEG - Für die Beibehaltung des Einspeisevorrangs und kostendeckender Vergütungssätze für erneuerbare Energien (Drucksache 16/12324)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie			
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	73	0